



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Beschäftigung
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 18.02.2016

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
am Mittwoch, 24. Februar 2016, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 09.12.2015 und 17.12.2015
2. **16-F-33-0003**

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Wiesbaden
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 04.02.2016-

Trotz des Winters herrschen in ganz Deutschland gute Werte bei der Zahl der Beschäftigten und beim Rückgang der Arbeitslosigkeit. In Wiesbaden ist die Arbeitslosenzahl allerdings im Januar 2016 im Vergleich zum Vorjahrsmonat um 3,1 Prozent gestiegen. Diese Entwicklung ließ sich bereits in den Vormonaten beobachten. Die Landeshauptstadt Wiesbaden nimmt damit hessenweit eine negative Sonderrolle unter den kreisfreien Städten ein. Gleichzeitig meldete die Wiesbadener Arbeitsagentur im Januar 2016 einen Anstieg der freien Stellen um über 30 Prozent im Vergleich zum Vormonat.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a) wie sich die Zahl der Arbeitslosen und der freien Stellen in der Landeshauptstadt Wiesbaden in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat;
- b) wie viele Langzeitarbeitslose es in Wiesbaden gibt und wie sich deren Zahl in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat;
- c) in welchen Branchen und Qualifikationsebenen in Wiesbaden in den vergangenen fünf Jahren die meisten freien Stellen angeboten wurden;
- d) welche Qualifikationen die Arbeitslosen in Wiesbaden mitbringen;
- e) was vom Magistrat in den vergangenen Jahren mit welchem Erfolg getan wurde, um die Zahl der Arbeitslosen in Wiesbaden zu verringern;
- f) durch welche neuen Maßnahmen der Magistrat in Zukunft mehr Wiesbadener Arbeitslose in Arbeit bringen will.

3. 16-F-03-0022

Straßenreinigungssatzung

-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.02.2016-

Mit Beschluss der StVV vom 17. Dezember 2015 (0531) wurde dem Magistrat aufgelegt, eine nachlaufende Beteiligung der Ortsbeiräte zu gewährleisten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

A.

1. Wann werden die Vorschläge der Ortsbeiräte bearbeitet?
2. Wie verwertet die Stadt diese Eingaben und bis wann werden Ergebnisse präsentiert?
3. Welche Folgen knüpfen daran an (z.B. Änderungen der Satzung, Rücknahme der Gebührenbescheide etc)?
4. Wann wird die 2. Stufe der neuen Reinigungssatzung mit der entsprechend geänderten Zuordnung in die städtischen Gremien (Ortsbeiräte, Stadtparlament) eingespeist?
 - a. Welcher Beratungszeitraum soll den Gremien hierfür eingeräumt werden?
 - b. Wann soll die abschließende Beschlussfassung zur 2. Stufe der neuen Straßenreinigungssystematik in der Stadtverordnetenversammlung erfolgen

B.

1. Während mit Sitzungsvorlage 15-V-70-0003 der ELW noch ein Jahresüberschuss in 2014 von 628.000 € und bezüglich der Straßenreinigung ein Defizit von 752.000 € attestiert wurde, wurde mit SV 15-V-70-0011 auf Grund des Gutachtens der Schüllermann&Partner AG auf Grund veränderter Abrechnungsmodi, ein Defizit iHv. 1,3 Mio € allein im Bereich der Straßenreinigung begutachtet. Wo-rauf beruhte die Einschätzung der ELW bezüglich ihres ursprünglichen Defizits genau? Welche Einschätzung hat die Kämmerei zu diesem Vorgang?
2. Wie hoch schätzt der Magistrat den Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen in der ELW/städtischen Gesellschaften in Folge der Umsetzung der Vorlage?
3. Was kostet die geplante GPS-Ausstattung für das Straßenreinigungspersonal?

4. Trifft es zu, dass zur Umsetzung der neuen Straßenreinigungssatzung europa-weite Ausschreibungen erfolgen müssen/sollen?

C.

1. Wie viele Widersprüche sind zu den zum Jahresanfang zustellten Gebührenbescheiden bereits (Stand 23.2.2016) eingegangen?
2. Werden aufgrund eingegangener Widersprüche gegen die zugestellten Gebührenbescheide auch Reinigungsklassen aus der bereits eingeführten 1. Stufe der neuen Systematik nachträglich geändert?
3. Ist aufgrund von Widersprüchen mit einer Korrektur von Gebührenbescheiden zur 1. Stufe zu rechnen und falls ja, wann werden die korrigierten Bescheide zu-gestellt?
4. Ist aufgrund von Änderungen der Eingruppierung von Straßen für die 1. Stufe der Systematik damit zu rechnen, dass bereits zugestellte Gebührenbescheide nachträglich geändert werden müssen und falls ja, wann werden diese korrigierten Gebührenbescheide zugestellt?

4. 16-F-08-0005

Vergabe von Bauaufträgen an tariftreue Firmen und Kontrolle
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 17.02.2016-

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich verpflichtet, Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die sich tariftreu verhalten. Zur Überprüfung der Wirksamkeit dieser Verpflichtung sind Maßnahmen erforderlich.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge zu folgenden Fragen berichten:

1. Sind bei den städtischen Bauprojekten (unabhängig von der Federführung eines städtischen Amtes oder einer stadteigenen Gesellschaft) die unter Umständen beauftragten Subunternehmen immer bekannt?
2. Wurden in den zurückliegenden fünf Jahren seitens der Stadt Prüfungen vorgenommen, ob sich diese Unternehmen tariftreu verhalten? Wenn ja, in welchen Fällen?
3. Fanden Prüfungen, auch anderer Behörden, statt, ob die Beiträge zur Sozialversicherung sowie die Beiträge zu den Sozialkassen des Bauhaupt- und Baunebengewerbes ordnungsgemäß abgeführt wurden? Wenn ja, in welchen Fällen?
4. Wurden in den zurückliegenden fünf Jahren Verstöße gegen die Einhaltung der Tariftreue oder die Pflicht zur Abführung von Beiträgen zur Sozialversicherung bzw. zu den Sozialkassen bekannt? Wenn ja, welche und wie wurde dagegen vorgegangen?
5. Sind die Ergebnisse der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Hauptzollamts“ auf Baustellen in der Landeshauptstadt Wiesbaden bekannt? Wenn ja, welche?
6. Welche Unternehmen und Subunternehmen sind beim Bau der Rhein-Main-Hallen beschäftigt und kann für diese bestätigt werden, dass sie sich tariftreu verhalten?

5. 16-F-33-0004

Regeln auch für sharing-economy durchsetzen
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 17.02.2016-

Die Möglichkeit, über digitale Vermittlungsdienste wie AIRBNB günstige Übernachtungsmöglichkeiten zu vermitteln, erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Solange es sich tatsächlich um eine befristete Untervermietung im privaten Bereich handelt, ist gegen diese Form der sharing-economy nichts einzuwenden. Sobald aber gewerblich Wohnraum angeboten wird, müssen sämtliche gewerbe-, ertrags- und umsatzsteuerrechtliche Prüfungen vorgenommen werden und auch die Sicherheitsbestimmungen des Brandschutzes und Arbeitsschutzes eingehalten werden.

AIRBNB hat in einer Pressemitteilung vom 20.11.15 angekündigt, mit den zuständigen Behörden das Gespräch zu suchen, um beim Eintreiben von Steuern und Abgaben behilflich zu sein.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. mit AIRBNB Kontakt aufzunehmen und das Gespräch über die Leistung von kommunalen Steuern oder Abgaben zu suchen;
2. die TriWiCon für das Thema "sharing economy" zu sensibilisieren;
3. durch das Rechtsamt in Bezug auf gewerbliche Wohnungsvermietungen in Privatwohnungen prüfen zu lassen, inwieweit Wohnungen in diesem Fall wie Hotels zu behandeln sind.

Dabei soll auf folgende Fragen eingegangen werden:

- a) Gleichbehandlung hinsichtlich des Baurechts inklusive Zuständigkeit der Kommune;
- b) Gleichbehandlung hinsichtlich kommunaler Steuern und Abgaben.

6. 16-F-03-0025

Neuerungen des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes nutzen
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2016-

Das Beschaffungswesen von Bund, Ländern und Gemeinden macht ca. 17 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts in Deutschland aus. Innerhalb des öffentlichen Sektors kommt den Gemeinden und Gemeindeverbänden dabei das mit Abstand größte Volumen (ca. 250 Mrd. Euro) und damit eine sehr gewichtige Rolle zu. In Wiesbaden betrug das Vergabevolumen in 2014 rund 100 Mio. €.

Um für die Städte und Gemeinden bessere Steuerungsmöglichkeiten zu schaffen, wurde bekanntlich in Hessen ein neues Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) beschlossen, welches zum 1. März 2015 in Kraft trat. Damit bekommen Auftraggeber der öffentlichen Hand Möglichkeiten, einen zusätzlichen wichtigen Beitrag für mehr nachhaltiges Wirtschaften zu leisten. Kommunen, kommunale Betriebe und erstmals auch Verkehrsverbände können ab sofort bei der Auftragsvergabe ökologische und soziale Kriterien besonders gewichten. Der Magistrat hatte bereits über diese Neuerungen berichtet, aber keine weiteren Maßnahmen vorgeschlagen oder eingeleitet.

Gemäß des neuen § 3 des HVTG können nunmehr bei der Vergabe je Auftrag soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen zu berücksichtigen sein, wenn diese mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung stehen oder Aspekte des Produktionsprozesses betreffen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben.

Wiesbaden selbst verfügt bisher über Allgemeine Bedingungen für Leistungen jeder Art (ABL), Ausschreibungs- und Vergabegrundsätze und eine Dienstanweisung für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen, welche die Grundsätze der Vergabe in LHW regeln. Dort heißt es z.B. *die Stadtverwaltung hat im Rahmen ihrer Beschaffungen und Vergaben, wo immer dies geht, umweltfreundlichen Produkten und Verfahren den Vorzug zu geben.* Diesen Grundsatz gilt es auszubauen und um die neuen zulässigen Kriterien zu erweitern. Ein Beispiel gibt die Hansestadt Hamburg die sich jüngst einen umfassenden Vergabekriterien Katalog gegeben hat, in welchem detaillierte Vergaberegeln genannt sind, so sind explizit z.B. die in Verpackungen zu verwendenden Materialien benannt.

Der Ausschuss möge beschließen:

I.

1. Der Magistrat wird gebeten, einen weiteren Beitrag für eine sozial und ökologisch nachhaltigere Beschaffung der Stadt Wiesbaden zu leisten und die Vergabe öffentlicher Aufträge ab einem Auftragswert von € 10.000 ohne Berücksichtigung der Mehrwertsteuer grundsätzlich an sozialen, ökologischen, umweltbezogenen und innovativen Anforderungen gemäß § 3 des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes auszurichten. Diese Anforderungen sollen gemeinsam mit allen anderen Zuschlagskriterien und deren Gewichtung in der Bekanntmachung und in den Vergabeunterlagen genannt werden. Im Ausnahmefall sind die Gründe, warum die Kriterien nicht gefordert werden, aktenkundig zu machen.

Diese Regelung soll auch für Aufträge der Eigenbetriebe gelten.

2. Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit VertreterInnen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung, ein Konzept zu erstellen, wie die vergabebezogene Anforderungen im Sinne von § 3 Abs. 1 HVTG bei der Auftragsvergabe auf allen Ebenen künftig berücksichtigt werden können. Hierzu wird der Magistrat vorab gebeten, zu berichten, welche anerkannten Qualitätssiegel o.ä. für einen Nachweis der in § 3 Abs. 2 HVTG genannten Anforderungen bestehen.

II.

Der Magistrat wird weiter gebeten, zu berichten, inwieweit Belange einer sozialen, ökologischen, umweltbezogenen und innovativen Beschaffung und Vergabe bereits jetzt berücksichtigt werden und wie dies derzeit überprüft wird.

7. 16-F-08-0006

Verwirklichung von Tariftreue bei der VHS Wiesbaden
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 17.02.2016-

Lehrerinnen und Lehrer der Integrationskurse an der VHS Wiesbaden, sowie alle Deutschlehrkräfte und Sprachlehrer, sind im Unterschied zu an Schulen tätigen nicht regulär Beschäftigte, sondern erhalten - so wird berichtet - nur 23 € pro Unterrichtsstunde und einen Zuschuss von 25 % zur Rentenversicherung. Dies bedeutet, dass selbst bei einer vollen Unterrichtswoche ihnen nach Abzug der berufsbedingten Ausgaben, Sozialabgaben und Steuer nur etwa 1.000 € bis 1.200 € netto im Monat bleiben.

Manche Lehrkräfte arbeiten seit Jahrzehnten unter diesen Bedingungen. Viele sind heute nahe dem Rentenalter, einige haben es schon erreicht. Es erwartet sie eine Rente unterhalb des Sozialhilfesatzes, trotz jahrzehntelanger Vollzeitberufstätigkeit und trotz geleisteter Beiträge in die DRV.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge zu diesem Sachverhalt Stellung beziehen und erklären, ob er solche „Beschäftigungsverhältnisse“ wie die der Lehrer/innen an der VHS Wiesbaden für sozial verträglich hält und mit dem Gebot der Tariftreue in Übereinstimmung sieht. Der Magistrat möge erklären, was er unternommen wird, damit die an der VHS Wiesbaden beschäftigten Lehrkräfte in reguläre Arbeitsverhältnisse überführt werden und man ihrer für die Integration so wichtigen Arbeit gerecht wird. Er möge außerdem dazu Stellung beziehen, wie den Betroffenen angesichts drohender Altersarmut geholfen werden kann.

8. 16-F-03-0027

Tarifeingruppierung nach Schlichtungsergebnis Verdi für Erziehungsberufe
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2016-

Das Schlichtungsergebnis der Tarifauseinandersetzung für die Sozial- und Erziehungsberufe im vergangenen Jahr sah im Bereich der Kinderbetreuung eine Eingruppierung in den Tarif S8b vor.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Eingruppierung wird für die Beschäftigten im Bereich der Kinderbetreuung bei Neueinstellungen seit dem 1.10.2015 vorgenommen?
2. Falls die neuangestellten Beschäftigten in eine andere Tarifgruppe als S 8b eingestuft werden, warum ist dies der Fall?

9. 16-F-03-0026

Kulturfonds Wiesbaden - Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung der Kultur
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2016-

Der Hotellerie-Verband DEHOGA (Hessen) hat kürzlich erneut die fehlenden Absprachen zur Änderung der Satzung zur Kurtaxe kritisiert. In einem Schreiben, das an alle Fraktionen versendet wurde, bekundet zudem nun auch ein Gruppenreise-Unternehmen Kritik an der nicht abgesprochenen Erhöhung der Abgaben. Diese sei vor allem schädlich für den Wettbewerb mit Nachbarstädten.

Bevor sich die Vertreter des Tourismus-Gewerbes einer Kooperation völlig verschließen, sollten deswegen dringend Gespräche aufgenommen werden. Wir wollen aus diesem Grund im Hinblick auf den kommenden Kulturentwicklungsplan unsere Forderung zur gemeinsamen Findung eines alternativen Kulturförderungs-Modells erneuern.

Der Ausschuss möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

einen runden Tisch mit Vertretern der Kulturschaffenden, Gastronomie-, Einzelhandel- und Tourismuswirtschaft, Dezernat V/41 und kulturpolitischen Sprechern der Rathausfraktionen zu bilden, um Anregungen für eine Beteiligung der Wirtschaft an der Finanzierung kultureller Initiativen und Projekte aufzunehmen.

10. 15-F-03-0136

Akteneinsichtnahmeausschuss zum Verkauf des Grundstücks Parkhaus Rhein-Main-Hallen / Wilhelmstraße
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.11.2015 -

11. 15-V-20-0064

DL 10/16-3

Budgetgrundsätze 2016/2017

12. 16-V-20-0007

DL 05/16-12, 02/16-9

Ergebnis- und Finanzplanung 2015 - 2019

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom Februar 2016 zu Magistratsbeschluss Nr. 0096 Ziffer II vom 02.02.2016

13. Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltssituation

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 15-F-33-0093

Vergleichende Prüfung Haushaltsstruktur
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 20.11.2015 -

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 16.02.2016 (Beschluss Nr. 0445 vom 09.12.2015)

2. 16-V-06-0001

Konnexitätsprinzip

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 05.01.2016

3. 15-F-03-0134

Ranking der zukunftsfähigen Unternehmensansiedlungen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.11.2015 -

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 02.02.2016 (Beschluss Nr. 0446 vom 09.12.2015)

4. 15-F-33-0075

Rückerstattung von Gewerbesteuer
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 28.10.2015-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VII) vom 23.01.2016 (Beschluss Nr. 0308 vom 11.11.2015)

5. 15-F-03-0135

Wohnungsbau in Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.11.2015 -

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat II) vom 08.02.2016 (Beschluss Nr. 0447 vom 09.12.2015)

6. 15-V-01-0023

DL 01/16-3

Situation Notunterkünfte Flüchtlinge

7. 15-V-02-0011

DL 02/16-1

Budgettechnische Mittelumbuchung zum Projekt "Aktive Kernbereiche Wiesbaden Innenstadt - West "

8. 15-V-06-0013

DL 01/16-6

Beitritt Wiesbadens in das GESUNDE Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland

9. 15-V-10-0009

DL 10/16-2

Ortsverwaltung Biebrich - Sanierung 2.BA - Ausführungsvorlage

10. 15-V-20-0063

DL 01/16-7

eGovernment / Prozessoptimierung: Beschaffung einer Softwarelösung für Antrags- und Fallmanagement als stadtweites Angebot; Pilotierung im Bereich 3103 und Dezernate IV und VII

11. 15-V-34-0002

DL 01/16-10, 45/15-5

Auswirkungen des neuen Bundesmeldegesetzes auf das Bürgeramt

- | | | |
|------------|---|-----------------------------|
| 12. | 15-V-51-0052 | DL 05/16-1, 02/16-2 |
| | Anmietung von Büroflächen in der Homburger Straße 29 für die Abteilung Sozialhilfe und Flüchtlinge sowie für die Abteilung Wohnen | |
| 13. | 15-V-61-0036 | DL 01/16-13 |
| | Bereitstellung von Finanzmitteln zur Sicherstellung der Finanzierung für die Umsetzung des Stadtumbauprojekts Kies Menz | |
| 14. | 15-V-80-8017 | DL 01/16-14 |
| | Projektfortführung Vermittlungsmodell Schloss Freudenberg 2016 / 2017 | |
| 15. | 16-V-01-0001 | DL 05/16-7, 02/16-4 |
| | Bericht zum Projekt Walkmühle | |
| 16. | 16-V-01-0003 | DL 10/16-4 |
| | Freigabe von Mitteln des Dezernates I für das 2. Quartal 2016 | |
| 17. | 16-V-07-0001 | DL 05/16-8, 02/16-5 |
| | Fortführung des suchtpreventiven Angebotes im Kulturpark | |
| 18. | 16-V-07-0004 | DL 05/16-9, 02/16-6 |
| | Evaluation - Zusätzliche Ordnungskräfte im Rahmen eines Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes | |
| 19. | 16-V-20-0001 | DL 01/16-16 |
| | Bericht über die Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden 2014 | |
| 20. | 16-V-20-0002 | DL 05/16-10, 02/16-7 |
| | Investitionscontrolling 4. Quartal 2015 | |

- | | | |
|------------|---|------------------------------|
| 21. | 16-V-20-0006 | DL 05/16-11, 02/16-8 |
| | Abschluss eines Microsoft Volumenlizenz-Anschlussvertrages | |
| 22. | 16-V-33-0001 | DL 05/16-13, 02/16-10 |
| | Fördermittelvergabe durch den Ausländerbeirat 2016 | |
| 23. | 16-V-34-0001 | DL 05/16-14, 02/16-11 |
| | Verlagerung des Verwaltungsstandortes der Fahrerlaubnis- und Zulassungsbehörde | |
| 24. | 16-V-40-0001 | DL 01/16-17 |
| | Erfahrungsbericht zum Energiesparmodell EmMi (Emissions-Minderung an Wiesbadener Schulen) | |
| 25. | 16-V-40-0002 | DL 01/16-18 |
| | Kommunalinvestitionsprogramm; Grundsatzvorlage | |
| 26. | 16-V-40-0003 | DL 10/16-7, 09/16-1 |
| | Peter-Rosegger-Schule; Erweiterung für Schule und Betreuung | |
| 27. | 16-V-40-0004 | DL 05/16-15, 02/16-12 |
| | Ausführungsvorlage Justus-von-Liebig-Schule; Erweiterung für Schule und Betreuung | |
| 28. | 16-V-40-0005 | DL 05/16-16, 02/16-13 |
| | Diesterwegschule; Erweiterung für Schule und Betreuung | |
| 29. | 16-V-40-0007 | DL 09/16-2 |
| | Landesprogramm Pakt für den Nachmittag | |
| 30. | 16-V-40-0010 | DL 05/16-17, 02/16-14 |
| | Haushalt 2016/2017; Vorabfreigabe | |

- | | | |
|------------|---|------------------------------|
| 31. | 16-V-41-0001 | DL 10/16-9 |
| | Stiftung Stadtmuseum | |
| 32. | 16-V-41-0002 | DL 05/16-18, 02/16-15 |
| | Vorabfreigabe Bereich Kultur 2. Quartal 2016 | |
| 33. | 16-V-41-0004 | DL 05/16-19, 02/16-16 |
| | Walkmühle; Anmietung für die kulturelle Nutzung | |
| 34. | 16-V-51-0002 | DL 10/16-10, 09/16-4 |
| | Schaffung von 10 zusätzlichen Krippenplätzen in der Kita der Ev. Erlösergemeinde Kastel, Sanierung und Erweiterung | |
| 35. | 16-V-51-0003 | DL 10/16-11, 09/16-5 |
| | Schaffung von 10 zusätzlichen Krippenplätzen in der Kita der Ev. Kirchengemeinde Bierstadt, Sanierung und Erweiterung | |
| 36. | 16-V-52-0001 | DL 05/16-20, 02/16-17 |
| | Neubau eines Kunstrasens auf der Dyckerhoff-Sportanlage | |
| 37. | 16-V-52-0002 | DL 10/16-12 |
| | Umwidmung von IM-Mitteln des Sportamtes im Zuge des Jahresabschlusses | |
| 38. | 16-V-61-0007 | DL 10/16-16, 09/16-6 |
| | Entwicklungskonzept Salzbachroute | |
| 39. | 16-V-61-0008 | DL 10/16-17, 09/16-7 |
| | Gestaltung der Fläche zwischen Rhein-Main-Hallen und Landesmuseum | |
| 40. | 15-V-80-8018 | DL 01/16-15 |
| | AiDe - Ankommen in Deutschland | |

41. 16-V-86-0001 DL 10/16-18, 09/16-8

Aktualisierter Wirtschaftsplan 2016 und Mittelfristplanungen 2018-2019 des Eigenbetriebes mattiaqua

Nicht öffentliche Beratung:

42. 15-V-03-0013 DL 01/16-1 NÖ

Spielbank Wiesbaden - Veränderungen in der Spielbankgesellschaft

43. 16-V-20-0003 DL 05/16-1 NÖ, 02/16-1 NÖ

Bürgschaft - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft

44. 16-V-20-0005 DL 02/16-2 NÖ

Darlehen, Umschuldung eines Schuldscheindarlehen über eine Restschuld

45. 15-V-20-0069 DL 01/16-3 NÖ

Kauf von Anteilen an der Feierabendheim Simeonhaus GmbH

46. 15-V-80-2328 DL 10/16-1 NÖ

Verkauf zweier Grundstücke

47. 15-V-80-2336 DL 01/16-4 NÖ

Verzeichnis der vom 01. Juli 2015 bis 30. September 2015 genehmigten Grundstücksvorlagen

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Belz
Vorsitzender